

II-9690 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4841 N

1990 -01- 17

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.Höchtl, Dr.Ettmayer  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Bericht von Amnesty International über Menschenrechts-  
verletzungen in Österreich

Im Jänner d.J. erfolgte erstmals ein eigener Bericht von Amnesty International, der sich mit Menschenrechtsverletzungen in Österreich befaßt. In dem Bericht erhebt AI insbesondere den Vorwurf, die Österreichische Exekutive foltere Häftlinge und erpresse so Geständnisse. Österreich wird in diesem Bericht geradezu in die Nähe von Diktaturen gebracht, welche einen Polizeistaat besitzen.

Auch wenn die nachstehenden Abgeordneten wissen, daß die von AI erhobenen Vorwürfe zum Großteil bisher unbewiesen geblieben sind bzw. in einigen Fällen durch objektive Gerichtsuntersuchungen widerlegt wurden, ist die durch den Bericht von AI entstandene Optik im Ausland besorgniserregend. Gleichzeitig soll vermieden werden, daß es im Inland zu einer generellen Verunglimpfung der Exekutive kommt.

Die nachstehenden Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist es in den letzten Jahren zu einer Steigerung der Beschwerden betreffend Polizeiübergriffe gekommen?  
Wenn ja, auf welche Gründe wird dies von seiten des BMI zurückgeführt?

-2-

- 2) Welche Maßnahmen werden vom BMI in Hinkunft ergriffen, um die Zahl der Beschwerden einzudämmen?  
Sind in diesem Zusammenhang legistische Maßnahmen zu erwarten?
- 3) Welche Maßnahmen sind geplant, um die negative Optik, die dieser Bericht von AI hervorgerufen hat, zu beseitigen?